

er „an den Sitzungen aller Organe des Zentralkomitees teilnimmt“. Die Wahl des Präsidenten bedarf der Bestätigung durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz. Ähnliches gilt für die hauptamtlichen Kräfte und den Geistlichen Direktor.

Die mahnenden und vom vorkonziliaren Alleinbewußtsein der Amtskirche getragenen Passagen des alten Statuts über die Zusammenarbeit mit dem Episkopat – bislang recht umfangreich – sind nun außerordentlich und erfreulich kurz geworden. In diesem Punkt ist auch vom ersten zum zweiten Entwurf ein Fortschritt erzielt worden. Im ersten Entwurf hieß es, daß vor der Entscheidung „über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung“ die bischöfliche Kommission für Laienfragen zu *unterrichten* sei. Stellt man dem die alte Fassung des Statuts gegenüber, dann wird schon hier der neue Ton besonders deutlich:

„Das Zentralkomitee arbeitet im Einvernehmen mit den Bischöfen der deutschen Diözesen.

- a) Der Episkopat wird in der laufenden Arbeit des Zentralkomitees durch den Generalassistenten vertreten.
- b) Entscheidungen über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sind von dem Präsidenten und dem Generalassistenten der Bischoflichen Kommission zur Koordinierung der Kräfte im Laienapostolat zur Bestätigung vorzulegen.“

Der neueste Entwurf läßt diese Passagen völlig weg. Er spricht nur von einer Beratung der Bischofskonferenz.

Insgesamt zeigt der Entwurf des neuen Statuts, daß das Zentralkomitee seine Arbeit auf jene Basis stellen möchte, die das Konzilsdekret über das Apostolat der Laien gegeben hat. Darüber hinaus möchte sich das Zentralkomitee breiter und intensiver in den vielfältigen Initiativen und Zusammenschlüssen katholischer Christen Deutschlands verwurzelt sehen. Bei der Behandlung von wichtigen Fragen wird weit mehr als bisher die Möglichkeit von ständigen Beratergremien eröffnet, deren Mitglieder vornehmlich nach sachlicher und fachlicher Qualifikation zusammengerufen werden. Die Laienvertretung will sich dem Episkopat als Berater und Helfer zur Verwirklichung der großen Aufgaben zur Verfügung halten. Für jeden, der sich die damit neu auf ihn zukommende Verantwortung zutraut, ist das ein guter Entwurf. Die Bischöfe, die in Rom so tapfer für das neue Zeitverständnis der Kirche gefochten haben, könnten angesichts dieser Perspektive vielleicht einmal aufatmen. Wenn nämlich die Laien so herzhafte, wie es das Statut voraussetzt, an dem Problemhaushalt der katholischen Kirche in Deutschland beteiligt sein wollen, dann dürfen sie auch in kritischen Situationen nicht mehr nur auf die in schwarz und rot gekleideten Soutanenträger verweisen; sie sind dann mitgegangen.

Alois Schardt

Vom Reich zur Bundesrepublik

„Der Weg vom Reich zur Bundesrepublik, die Entscheidung für Freiheit und Prosperität Westdeutschlands und Berlins bei vorläufigem Verzicht auf die Einheit des Reiches“ (XXXII) – stand den Deutschen nur dieser eine Weg offen? Diese Frage nach der Zwangsläufigkeit und Alleingültigkeit der außenpolitischen Option Konrad Adenauers stellt Hans-Peter Schwarz, Ordinarius für Politische Wissenschaft in Hamburg, an den Anfang seines

Buches¹. Mit Skepsis betrachtet er die „fable convenue“, daß der Weg zur Westorientierung und Teilung Deutschlands der einzig gangbare gewesen sei. Nachdem er die ver-

¹ Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949. Neuwied, Berlin: Luchterhand 1966. XXXVI, 884 S. (Politica. 38.) Lw. 68,-; kart. 38,-.

schiedenen Konzeptionen der Alliierten zur Deutschlandpolitik und die Alternativen deutscher Außenpolitik dargelegt hat, kommt er zur conclusio: Die Westdeutschen müssen 1966 so gut wie 1948 „in der Westbindung die Außenpolitik erkennen, die auf sie zugeschnitten ist und für die sich keine echte Alternative findet“ (695). Dies zu erweisen, breitet Schwarz auf 700 Seiten sein Material aus in einem für ein wissenschaftliches Buch erstaunlich frischen und lebendigen Stil, der den Schock über die Dicke des Buches bald vergessen läßt.

Schwarz stützt seine Darstellung der alliierten Deutschlandpolitik neben Memoiren und Forschungsarbeiten vor allem auf die Presse und Publizistik. Benutzen konnte er auch die Materialien des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Da die amtlichen Akten der alliierten Archive nicht zugänglich sind, ist natürlich letzte Sicherheit über den außenpolitischen Willensbildungsprozeß und seine Motivierung nicht zu gewinnen. Dies macht sich besonders bei der Analyse der sowjetischen Deutschlandpolitik bemerkbar, wo der Verfasser auf amerikanische und britische Pressemeldungen angewiesen ist (durch Berlin-Korrespondenten jedoch relativ gut informiert; 203, 743 A. 1). Für die Erforschung der deutschen Außenpolitik ist die Quellenlage breiter, konnte Schwarz doch teilweise durch Entgegenkommen forschungsfreundlicher Beamter deutsche Akten einsehen (701 A. 17); zudem stellte er Befragungen bei den wichtigen deutschen Politikern an und konnte die Parteiarchive auswerten. Dies ist deshalb wertvoll, weil die Parteien als einzige deutsche überzonale und überregionale Instanzen im besonderen Maß Forum außenpolitischer Willensbildung waren.

Schwarz beabsichtigt keine chronologische Darstellung der Handlungsabläufe, sondern eine Analyse der Handlungsimpulse. Es geht ihm um die „Denkfiguren und Motive“, „die maßgebenden Ideen und großen Alternativen“, die zur außenpolitischen Neuorientierung der Deutschen geführt haben (XXXII). Damit möchte er den Schein eines historischen Determinismus vermeiden und die Offenheit jeder geschichtlichen Situation demonstrieren. Die Ausbreitung aller ursprünglich vorhande-

nen, auch der nicht verwirklichten Alternativen läßt in der Einleitung ein Abgleiten in Spekulation und im Teil über die außenpolitischen Konzepte der Deutschen den Rückzug auf die Geschichte als „Ideendrama“ befürchten. Doch verhindert Schwarz dies durch zwei Mittel: er zeigt die Interdependenz aller außenpolitischen Entscheidungen im Feld der politischen Konstellation, und er konfrontiert die Denkfiguren mit den Sachzwängen der Politik, die damals vor allem wirtschaftspolitischer Art waren.

Dem entspricht der Aufbau des Buches. Die Interdependenz außenpolitischen Handelns wird sinnfällig, wenn Schwarz dem Teil I *Der Sieger und die Deutschen* den Teil II *Die Deutschen und die Sieger* gegenüberstellt. Teil I behandelt in Längsschnitten die Konzepte der Großen Vier zur Deutschlandpolitik und deren Wandel, d. i. die Konstellation, in die Nachkriegsdeutschland hineingestellt war. In Teil II werden typologisch die deutschen außenpolitischen Entwürfe in ihrem jeweils repräsentativsten Vertreter vorgestellt. Es sind dies hauptsächlich als Vertreter der Blockfreiheit Jakob Kaiser mit dem „Brückekonzept“ und Ulrich Noack mit dem pazifistischen Neutralisierungsentwurf, als Vertreter der Westintegration die publizistischen Entwürfe Röpkes und einiger westdeutscher Föderalisten und vor allem Konrad Adenauer mit den Anfängen seiner Außenpolitik, als Vertreter der zwischen Westorientierung und Blockfreiheit angesiedelten demokratischen Linken Kurt Schumacher mit dem Entwurf „eines sozialistischen Deutschlands in einem sozialistischen Europa“ (529) und Carlo Schmid mit dem Konzept „Europa als ‚Dritte Kraft‘“.

In einem dritten Teil (Absch. D von Teil II) *Probleme und Tendenzen* konfrontiert Schwarz die deutschen außenpolitischen Konzepte mit den Sachzwängen der Politik. Die absolute Priorität deutscher Politik nach dem Zusammenbruch beanspruchte die Existenzsicherung der Bevölkerung und damit die Suche nach wirtschaftlicher Hilfe. Bei der Alternative zwischen dem sowjetischen Angebot der Reichseinheit und dem amerikanischen Angebot der Wirtschaftshilfe war die Entscheidung der

Deutschen für den Westen zwangsläufig. „Wer wollte ihnen im Ernst verdenken, daß sie die wirtschaftliche Existenzerhaltung dem Verhungern in einem ungeteilten Vaterland vorzogen!“ (602). Zudem koppelten die Westmächte die Rückgewinnung der Souveränität an die Option für den Weststaat. Die Möglichkeiten gesamtdeutscher Politik waren wegen der Zonenaufteilung und der Regionalisierung des politischen Willensbildungsprozesses sowieso beschränkt; der Weg über die Parteien war wegen des Widerstands gegen den Führungsanspruch der Berliner Parteizentralen und wegen dem der „nationalen Repräsentation“ anhaftenden Odium der SED-Unterstützung verbaut. Dies alles wirkte dahin, daß die außenpolitischen Konzeptionen bis auf eine im Läuterungsprozeß der Realisierung sich als Schlacken erwiesen. Adenauers Politik der Westorientierung bei Inkaufnahme der Teilung Deutschlands war die einzig mögliche, der Weg vom Reich zur Bundesrepublik erwies sich als Einbahnstraße.

Bleibt Schwarz insofern im Rahmen der „fable convenue“, so ist es sein Verdienst, sie in zwei Bereichen korrigiert zu haben.

Einmal zeigt er, daß der Weg der Adenauer'schen Außenpolitik nicht deterministisch festgelegt und damit von Anfang als einzig richtiger vorhersehbar war. Er kommt zu einer gerechten Würdigung anderer außenpolitischer Konzeptionen und attestiert einigen nicht nur Realisierungschancen zum Zeitpunkt ihrer Aufstellung, sondern auch eine den Adenauer'schen Entwurf übertreffende Strahlkraft. Verdienstvoll ist eine gerechte Würdigung Schumachers, dessen Bild unter der nachhaltigen Perhorreszierung der SPD, des ewigen Neinsagers, durch Adenauer gelitten hat. (Schwarz will seine Darstellung freilich mit der anders akzentuierten Schumacher-Biographie L. I. Edingers [jetzt auch deutsch: Kurt Schucher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln-Opladen 1967] zusammengesehen wissen.) Es ist schon fast vergessen, daß Schumachers Opposition gegen die Westorientierung Adenauers keine grundsätzliche, sondern nur eine der Taktik und der Modalitäten war. Er wollte die durch Errichtung des Weststaates manifestierte politische Option für den We-

sten – die ideelle hatte er schon vor Adenauer und mit größerem Nachdruck kundgetan – endgültig erst mit einem souveränen, wiedervereinigten Deutschland vollziehen. Er war gegen jede Verfestigung des status quo, weil dies die Teilung zementieren mußte.

Zum andern setzt Schwarz bei den Motiven für die deutsche Westorientierung neue Akzente. Nicht primär ideologische, sondern wirtschaftliche Gründe waren für die Option maßgebend.

Es schmälert das Verdienst des Buches nicht, daß der Rezensent einige Dinge sich anders gewünscht hätte. Die Darstellung der amerikanischen Außenpolitik, die wohl vieles der noch unveröffentlichten Habilitationsschrift von Dieter Oberndörfer: „Die amerikanische Außenpolitik vor dem Problem der Koexistenz. Theorien und Prinzipien“ verdankt, macht die wirtschaftlichen und machtpolitischen Grundlagen der ideologischen Positionen der USA deutlich. Das ist verdienstvoll. Aber sie kann, wie Ernst-Otto Czempel (Das amerikanische Sicherheitssystem 1945–1949, Berlin 1966) zeigt, nicht an dem Phänomen vorbeigehen, wie sehr alle außenpolitischen Schulen der vierziger Jahre aus einem Grundimpuls entspringen: die traditionelle Grundanschauung, die auf Toleranz, gewaltlosen Ausgleich und Frieden ausgerichtet ist, den vor allem wirtschafts- und handelspolitischen Interessen der Nachkriegszeit anzugleichen. Der traditionelle Isolationismus hat sich als unbrauchbar erwiesen, aber alle außenpolitischen Konzepte gründen in einer neuen zeitgemäßen Spielart des Isolationismus, der das weltpolitische Engagement für die wirtschaftlichen Interessen der USA akzeptiert, aber nicht in die machtpolitischen Auseinandersetzungen hineingezogen werden will. Morgenthauplan und Marshallplan, Appeasement Policy und Containment Policy sind daher beeinflusst. Verdienstvoll ist die Ersetzung der zu sehr am Vokabular des Ost-West-Konflikts ausgerichteten Begriffe Containment Policy, Appeasement Policy etc. durch neutralere Begriffe, doch wird sie nicht konsequent durchgeführt (z. B. 80).

Die Schlußabschnitte XIII 2 und 3 sollen

so etwas wie eine Zusammenfassung darstellen, sind dazu aber etwas lang geraten und ermüden durch die Wiederholung schon dargelegter Sachverhalte.

Untragbar für ein so umfangreiches Buch ist, daß der Text- und Anmerkungsteil getrennt sind; das ist der Benutzbarkeit des Buches wenig förderlich. Viele Abkürzungen wie SMAD, FDAP, AFL, OMGUS, die gar nicht oder beiläufig, nachdem sie schon längst benutzt sind, erklärt werden, sind dem Leser nicht selbstverständlich. Man wünschte sich ein Abkürzungsverzeichnis. Auffällig sind auch eine Reihe befremdlicher Amerikanismen. Man kann im Deutschen nicht von „Training“ sprechen, wenn man die Berufserfahrung und Aus-

bildung des Politikers meint (74). Bürgert der Begriff „Auspowerung“ (278, 284, 552) im Deutschen sich langsam ein, so ist „gebrieft“ (112) für gekürzt und das „Timing“ statt Zeitwahl (140) ungewöhnlich. Etwa ein Dutzend Druckfehler liegen beim Umfang des Buches wohl innerhalb der Toleranzgrenze. Solche Kleinigkeiten wären bei einer 2. Auflage leicht auszumerzen.

Im Ganzen müssen wir Hans-Peter Schwarz für diese erste gründliche, dazu noch glänzend geschriebene Darstellung der deutschen Außenpolitik in der Besatzungszeit dankbar sein, füllt sie doch eine klaffende Lücke in Forschung und Lehrbetrieb der Politischen Wissenschaft.

Horst Denzer

Zur Geschichte der kirchlichen Rundfunkarbeit

Mit der Entdeckung des Rundfunks in den zwanziger Jahren und später der des Fernsehens eröffneten sich für die Kirche ungeahnte Möglichkeiten. Sonntag für Sonntag kann sie, ungeachtet des immer größer werdenden Schwunds von Kirchenbesuchern, von dieser „modernen Kanzel“ aus den Menschen von heute erreichen. Ob der einzelne „praktiziert“ oder nicht, er wird Woche für Woche in Nachrichten, Kommentaren und kritischen Analysen mit den Kirchen und dem kirchlichen Leben konfrontiert. Millionen nehmen als Hörer oder Zuschauer an den großen kirchlichen Ereignissen teil. Die theologische Forschung, einst nur einem kleinen Kreis zugänglich, wird einer breiten Öffentlichkeit angeboten.

Es nimmt deswegen nicht wunder, daß die Kirche schon sehr früh dieser „erstaunlichen Erfindung der Technik“ ihre Aufmerksamkeit geschenkt hat. So gründete Pius XI. den Vatikanseender. Pius XII. befaßte sich in einer Enzyklika mit diesen Fragen. Das Zweite Vatikanum schließlich erarbeitete ein eigenes Dekret.

Angesichts dieser Tatsache mag es von Interesse sein, die kirchliche Rundfunkarbeit von ihren Anfängen an zu verfolgen. Es ergeben

sich daraus auch wichtige Aspekte für die Gegenwart. Günther Bauer hat dies in seinem Buch „Kirchliche Rundfunkarbeit 1924–1939“¹ getan und darin erstmals eine zusammenhängende Darstellung erarbeitet.

Der erste Kontakt zwischen Rundfunk und Kirche entstand dadurch, daß die Programmgestalter prominente Geistliche baten, im Rahmen von Vortragssendungen zu sprechen. Die Initiative ging vom Rundfunk aus. Als erster ergriff Carl Sonnenschein, der Berliner Großstadtseelsorger, am Karsamstag 1924 das Wort. Er hielt keine geistliche Ansprache im strengen Sinn, sondern unterrichtete die Hörer über sein Arbeitsgebiet. Mit sicherem Gespür erfaßte er jedoch, welche Möglichkeiten sich der Kirche hier auf tun würden, und suchte nach Mitarbeitern. Er war es schließlich auch, der die ersten katholischen Morgenfeiern im Berliner Sender betreute. Aber in dieser Pionierzeit fanden nur wenige den Rundfunk der Beachtung wert, und auch diese handelten, wie Günther Bauer bemerkt, „meistens sogar gegen den Willen der kirchlichen Vorgesetzten“. Ähnlich war die Situation im ersten Jahr auch

¹ Frankfurt: Knecht 1966. 135 S. (Beiträge zur Geschichte des deutschen Rundfunks. 2.) Lw. 18,80.